

Landtagsinfo vom 03.02.2020

Uli Sckerl MdL



Liebe Freundinnen und Freunde,

es waren bewegende Tage und Veranstaltungen rund um den 75. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager in Auschwitz und Birkenau. Deutlich wurde, dass unsere Generationen die Verantwortung tragen, dass sich derartige Verbrechen nie mehr wiederholen können. Für mich sehr bewegend war, als Gründungsmitglied an der Gründung des Vereins „Konsequent – Verein zur Abwehr des Antisemitismus“, teilnehmen zu können. Ich habe mir für dieses Jahr zahlreiche Initiativen rund um das Thema Antisemitismus vorgenommen und bin bemüht, rechtzeitig über Termine zu informieren, bzw. zu berichten. Euch eine angenehm und erfolgreiche Woche!

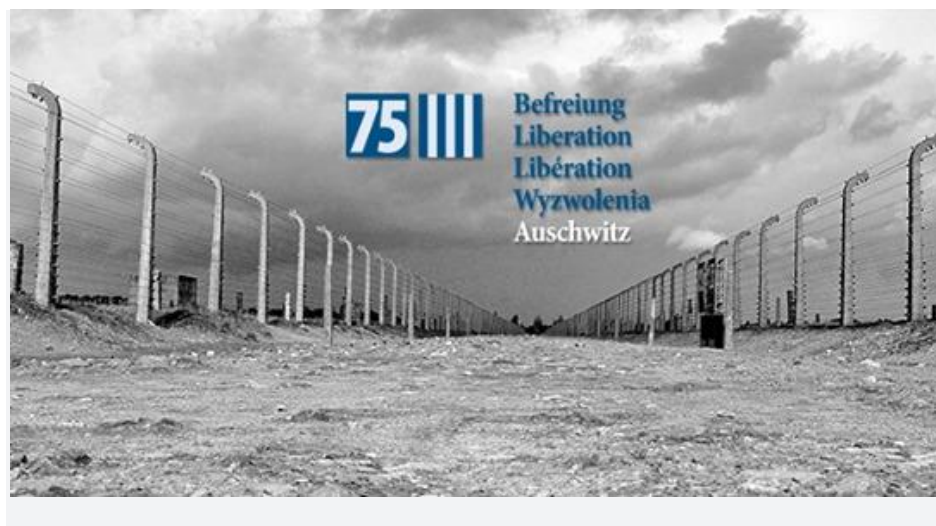
Herzliche grüne Grüße
Uli

Aus der Landespolitik

Zum Jahrestag der Befreiung von Auschwitz -

*Gründung eines
wichtigen Vereins –
Konsequent gegen
Antisemitismus*

Am 27. Januar war der 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee. Nur noch 7.000 Menschen waren an diesem Tag am Leben. Die meisten von ihnen in einem grauenhaften Zustand. Zuvor wurden in Auschwitz und Auschwitz-Birkenau mehr als eine Millionen Menschen, die meisten davon Jüdinnen und Juden, in dem größten Vernichtungslagerkomplex der Nazis ermordet.



<https://www.auschwitz.info/?fbclid=IwAR3JM28T4LfU-YP7Sm2aC2S43aFnmOWD2jdlh3ntCsebDWFbYomu7y3Malg>

Zwei Tag nach dem Jahrestag von Auschwitz wurde im Landtag der Verein „konsequent e.V. - Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ gegründet. Ich durfte mitgründen, neben den Fraktionschefs von SPD, CDU und FDP, der Landtagspräsidentin Muhterem Aras und dem Antisemitismusbeauftragten Dr. Michael Blume. Allen Gründungsmitgliedern wäre es lieber, gewesen, wir müssten uns nicht gegen Antisemitismus engagieren. Die Wirklichkeit sieht anders aus.



Der Initiator, der frühere Ministerialdirigent im Wirtschafts- und Finanzministerium, Guido Rebstock, wurde Vereinsvorsitzender einer Vereinigung, die bundesweit tätig sein wird und deren erklärtes historische Vorbild der 1890 gegründete und 1933 von den Nazis aufgelöste „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ ist. Wir müssen gegen den stark angewachsenen Antisemitismus in allen seinen Erscheinungsformen vorgehen. Wir sind für Auschwitz nicht verantwortlich, aber im Wissen um unsere historische Verantwortung ist es eine Verpflichtung, Antisemitismus und seine Ursachen mit vollem Einsatz zu bekämpfen. Dabei stehen wir an der Seite der jüdischen Bürgerinnen und Bürgern und solidarisieren uns mit ihnen. Wir werden weiterhin alles dafür tun, dass aktives jüdisches Leben in unserem Land auch in Zukunft möglich ist.

**Bleiberecht für
Geflüchtete in
Arbeit –**

Im Dezember 2019 hat der sog. Koalitionsausschuss der grün-schwarzen Koalition auf unseren Vorstoß hin beschlossen, dass Baden-Württemberg eine Bundesratsinitiative anstrebt, um die Wartezeiten

Dauerstreit mit der CDU und Strobl?

der Beschäftigungsduldung im neuen Bundesgesetz deutlich zu verkürzen. Die Beschäftigungsduldung ist ab März 2020 ein bundesgesetzliches Instrument, um Geflüchteten, die gut integriert sind und eine Arbeit haben. Allerdings sind die Wartevoraussetzungen (12 und z.T. weitere 6 Monate) einfach zu lange. Ein liberales Bleiberecht ist auf Dauer eine wesentliche Voraussetzung, dass Firmen ihre großen Nachfragen nach Beschäftigten befriedigen und Geflüchtete in Arbeit nicht mehr abgeschoben werden.

Bis zur Umsetzung einer derartigen Initiative fordern wir, dass die Behörden den Ermessensspielraum, den es für das Land gibt, soweit wie möglich ausschöpfen. Wir wollen, dass Geflüchtete in Arbeit nicht mehr abgeschoben und dass die vielen Arbeitgeber*innen, die sich um sie kümmern, nicht im Regen stehen gelassen werden. Während die Bundesratsinitiative läuft, gibt es über das Ausnutzen von Ermessensspielräumen durch das Land seit Wochen heftigen Streit mit dem CDU-Innenminister. Eine Vereinbarung in der Koalition, die wir bereits hatten, hat der CDU-Innenminister nach der Weihnachtspause plötzlich widerrufen. Er behauptet nun entgegen aller vorherigen Absprachen, das Land habe keinerlei rechtliche Möglichkeiten für eigenes Ermessen. Dieser Streit ist noch nicht geklärt.

Es gab nun einige Irritationen über eine Landtagsdebatte vom 29. Januar, in der wir GRÜNE einen SPD-Antrag abgelehnt hatten, der grüne Forderungen übernommen hat. Unter anderem gab es seit letztem Mittwoch eine Debatte in manchen Facebook-Foren.

Ich will das kurz erläutern: Es gibt einen Koalitionsvertrag, der besagt, dass die Regierungsfractionen einheitlich abstimmen (und ggf. vorher eine gemeinsame Linie beschlossen wird) und Oppositionsanträge entweder abgelehnt oder modifiziert übernommen werden. Diese Regelungen sind nicht nur üblich, sondern auch essentiell, damit eine Regierung über eine ganze Legislatur verlässlich und stabil von ihren Fraktionen getragen wird. Wir haben in vielen Fällen darauf bestanden, dass die CDU aus diesem Grunde Anträge z.B. der FDP ablehnen musste, die sie mitgetragen hätte. Das Gleiche mussten wir hier gegen uns gelten lassen. Natürlich war es sehr ärgerlich, dass wir einen Antrag aus formellen, aber nicht aus inhaltlichen Gründen ablehnen mussten.

Die SPD hat dann behauptet, wir hätten für Abschiebungen gestimmt. Das ist natürlich blanker Unsinn.

Zum Vorgehen der SPD noch diese Bemerkungen: Die SPD hat in der GroKo in Berlin mit CDU/CSU im Sommer 2019 mit dem „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ von Seehofer das schlimmste Ausländergesetz seit vielen Jahren beschlossen. Dieses Gesetz versperrt viele Wege zu einem Bleiberecht und macht den Geflüchteten, den vielen Ehrenamtlichen und Arbeitgeber*innen das Leben so schwer. Und hier in BW verlangen sie sozusagen von uns, dass wir ihre Scheißgesetze

gefälligst nicht anwenden sollen. Prima! Soll jede/r selbst beurteilen, was sie/er von diesem Politikstil hält.

Also: Wir kämpfen seit Monaten für das Nutzen von Ermessensspielräumen für Geflüchtete in Arbeit. Diese brauchen wir, solange das Bundesgesetz derart lange und harte Wartezeiten für eine Beschäftigungsduldung vorsieht. Und wir tun alles, um dies durchzusetzen.

Bitte meldet euch sehr gerne mit Fragen, Kritik und Anmerkungen! Hier noch zwei Links zu Berichten des SWR über aktuelle hiesige Fälle:

<https://www.ardmediathek.de/swr/player/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZXgvbzExOTU0NDc/petition-fussballer-mamadou-soll-bleiben>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/Das-Schicksal-des-aus-Ladenburg-abgeschoben-Afghanen-Nazari,av-o1195136-100.html>

Finanzierung der Integrationsmanager*innen für weitere 2 Jahre gesichert

Was bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts Ende vergangenen Jahres im baden-württembergischen Landtag beschlossen wurde, geht nun in die offizielle Umsetzung: Das Integrationsmanagement in den baden-württembergischen Kommunen ist für zwei weitere Jahre gesichert. Damit haben die Kommunen für weitere zwei Förderjahre die nötige Planungssicherheit, um Verträge mit Integrationsmanagerinnen und -managern entsprechend zu verlängern.

Das Integrationsmanagement ist ein Leuchtturmprojekt des Landes und genießt als Kernstück des Pakts für Integration in dieser Form bundesweite Einzigartigkeit. Damit können die rund 1.200 Integrationsmanagerinnen und -manager im gesamten Land ihre wertvolle Arbeit fortsetzen.

Wichtig ist:

Alle derzeit bewilligten, besetzten oder nachbesetzungsfähigen Stellen können auf Antrag um weitere 24 Monate verlängert werden.

Ergänzende Informationen

Das Integrationsmanagement ist Kernstück des Pakts für Integration. Zentrale Aufgabe des Integrationsmanagements ist die individuelle und niedrigschwellige Sozialberatung und -begleitung für Geflüchtete in der Anschlussunterbringung.

Die Integrationsmanagerinnen und -manager sind eng in die vorhandenen Strukturen und Netzwerke vor Ort eingebunden und bieten Beratung und Begleitung aus einer Hand an. Die Beratung erfolgt, wo nötig, auch in Form eines aufsuchenden Angebots. Anhand von gemeinsam mit den Geflüchteten erarbeiteten Integrationsplänen wird der persönliche Integrationsprozess transparent aufgezeigt und gezielt begleitet. Dabei geht es unter anderem um Fragen des Spracherwerbs, der Arbeitsmarktintegration sowie um Wohnen, Schule und Bildung. Mit Hilfe des Integrationsmanagements sollen

Geflüchtete in die Lage versetzt werden, vorhandene Strukturen und Angebote selbstständig nutzen zu können.

AfD- Neujahrsempfang mit Björn Höcke

Bei ihrem Neujahrsempfang bewies die baden-württembergische Landtagsfraktion Ende Januar erneut wes Geistes Kind sie ist. Unter den geladenen Gästen war mit dem Thüringer Björn Höcke die Galionsfigur des rechtsextrem „Flügel“. Weitere Gäste waren mit Konrad Adam einer der konservativen Gründungssprecher der AfD und Josef Dörr aus dem Saarland. Dörr ging einst bei Neonazis auf Mitgliederakquise, so die Wochenzeitschrift „Stern“. Sein saarländischer Landesverband wurde damals gar für einige Wochen aufgelöst. Gegen den 81jährigen AfD-Fraktionsvorsitzenden im Landtag Dörr läuft seit Jahren ein Parteiausschlussverfahren.

Als starker Mann der baden-württembergischen Landtagsfraktion tat sich an diesem Abend erneut der Fraktions-Rechte Emil Sänze hervor. Die Rolle des Fraktionsvorsitzenden Bernd Gögel wird immer bescheidener, seine Zeit als Landessprecher scheint sich mit Blick auf den Landesparteitag Mitte Februar dem Ende zuzuneigen. Die Ausrichtung der Landtagsfraktion geht immer weiter in Richtung Rechtsextremismus. Der „Flügel“ und weitere Rechtsextreme bekommt in Baden-Württemberg immer mehr Macht in der AfD. Diese hatte weder ihren Neujahrsempfang, geschweige denn ihren Gast aus Thüringen öffentlich angekündigt. So fanden auch nur knapp 100 Menschen den Weg in das Foyer des Landtages von Baden-Württemberg. Bei einer Spontandemonstration vor dem Landtagsgebäude versammelten sich etwa doppelt so viele Menschen zu einer friedlichen Kundgebung gegen diese AfD-Veranstaltung.